

Wahlperiode 2020 – 2025

Niederschrift

über die 13. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Bau und Digitalentwicklung vom Donnerstag, den 07.12.2023, Sitzungssaal 1317, Kreishaus, Koblenzer Straße 73, 57072 Siegen

<u>Beginn der öffentlichen Sitzung:</u>	<u>17:00 Uhr</u>
<u>Ende der öffentlichen Sitzung</u>	<u>18:55 Uhr</u>
<u>Beginn der nichtöffentlichen Sitzung:</u>	<u>18:55 Uhr</u>
<u>Ende der nichtöffentlichen Sitzung</u>	<u>19:09 Uhr</u>

Anwesenheitsliste

Vorsitz

Bernd-Dieter Ferger

stimmberechtigte Mitglieder

Helmut Kaufmann für: Tim Lukas Debus
Max Hennes
Heinz-Werner Denker für: Julian Maletz
Daniel Stettner
Karl Ludwig Völkel
Bernd Nüchel für: Prof. Martin Ferger
Volker Schwarz
Martin Achatzi für: Sebastian Zimmermann
Thomas Helmkampf
Axel Boldt
Ulrich Schmidt-Kalteich
Elmar Königer für: Sven Hendrik Schütz
Ursula Regine Stephan
Dieter Born
Wolfgang Decker
Hans Peter Kunz
Ulrich-Eberhardt Georgi
Gerd Groß

entschuldigter Mitglieder

Tim Lukas Debus
Julian Maletz
Prof. Martin Ferger
Sebastian Zimmermann
Sven Hendrik Schütz

Gäste/Zuhörer

2 Vertreter der Presse

Verwaltung

Andreas Müller, Landrat
Thomas Damm, Kreisdirektor und Kämmerer
Tobias Wein, Dezernent I
Arno Wied, Dezernent IV
Thiemo Rosenthal, Dezernent V
Jürgen Heine, Amtsleiter Amt für Finanzwirtschaft
Benedikt Schneider, Stv. Amtsleiter Amt für Finanzwirtschaft/Schriftführer
Deirdre Burdy, Amtsleiterin Amt für IT, Digitalisierung und Organisation
Henning Schneider, Amtsleiter Personalamt
Michael Haßler, Amtsleiter Amt für Immobilien
Susanne Roth, Personalratsvorsitzende

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Bericht der Verwaltung
2. Anfragen
 - 2.1 Entwicklung der freiwilligen Leistungen
Anfrage der SWM-Fraktion
Drucksache 413/2023
 - 2.1.1 Entwicklung der freiwilligen Leistungen
Beantwortung der Anfrage der SWM-Fraktion
Drucksache 413/2023 1. Ergänzung
 - 2.2 Sachstandsbericht zur Überlegung der Zusammenführung der Ausländerbehörden der Stadt Siegen und des Kreises Siegen-Wittgenstein
Anfrage der Fraktion Die Linke
Drucksache 412/2023
 - 2.2.1 Sachstandsbericht zur Überlegung der Zusammenführung der Ausländerbehörden der Stadt Siegen und des Kreises Siegen-Wittgenstein
Beantwortung der Anfrage der Fraktion Die Linke
Drucksache 412/2023 1. Ergänzung
 - 2.3 Verwendung vom Stiftungskapital zum Bau des Hauses der Musik
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 479/2023
 - 2.3.1 Verwendung vom Stiftungskapital zum Bau des Hauses der Musik
Beantwortung der Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 479/2023 1. Ergänzung
 - 2.4 Gutachten Photovoltaik Flughafen Siegerland
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Drucksache 480/2023

- 2.4.1 Gutachten Photovoltaik Flughafen Siegerland
Beantwortung der Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 480/2023 1. Ergänzung
3. Tagesordnungspunkte nur für den Ausschuss
 - 3.1 Cyberangriff auf den IT-Dienstleister SIT
Mündlicher Bericht
 - 3.2 Sitzungstermine 2024 des Ausschusses für Finanzen, Bau und Digitalentwicklung
Drucksache 426/2023
 - 3.3 Haushalt 2024 - Teilpläne für Produkte, die keinem anderen Fachausschuss zugeordnet sind
Drucksache 426/2023
4. Tagesordnungspunkte für Kreisausschuss und/oder Kreistag
 - 4.1 Stellenplan für das Haushaltsjahr 2024
Drucksache 431/2023
 - 4.1.1 Stellenplan für das Haushaltsjahr 2024
Drucksache 431/2023 1. Ergänzung
 - 4.2 Haushalt 2024;
 - a) Behandlung der Stellungnahme der kreisangehörigen Städte und Gemeinden im Rahmen des Benehmensverfahrens nach § 55 KrO NRW
 - b) Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024
Drucksache 428/2023
 - 4.3 Neuregelung der Umsatzbesteuerung nach § 2 b Umsatzsteuergesetz (UStG);
Verlängerung des Optionszeitraums
Drucksache 429/2023
5. Anträge gem. § 2 Abs. 1 der Geschäftsordnung
6. Verschiedenes

Sitzungsverlauf

Der Ausschussvorsitzende Herr **Bernd-Dieter Feger** eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und begrüßt alle Ausschussmitglieder sowie die Vertreter der Presse und der Verwaltung.

1. Bericht der Verwaltung

Beratungsverlauf:

Ein Bericht der Verwaltung liegt nicht vor.

2. Anfragen

Beratungsverlauf:

Es liegen keine Anfragen vor.

- 2.1 Entwicklung der freiwilligen Leistungen
Anfrage der SWM-Fraktion
Drucksache 413/2023
- 2.1.1 Entwicklung der freiwilligen Leistungen
Beantwortung der Anfrage der SWM-Fraktion
Drucksache 413/2023 1. Ergänzung

Beratungsverlauf:

Herr **Born** bedankt sich bei der Verwaltung für die Beantwortung der Anfrage.

- 2.2 Sachstandsbericht zur Überlegung der Zusammenführung der Ausländerbehörden der Stadt Siegen und des Kreises Siegen-Wittgenstein
Anfrage der Fraktion Die Linke
Drucksache 412/2023
- 2.2.1 Sachstandsbericht zur Überlegung der Zusammenführung der Ausländerbehörden der Stadt Siegen und des Kreises Siegen-Wittgenstein
Beantwortung der Anfrage der Fraktion Die Linke
Drucksache 412/2023 1. Ergänzung

Beratungsverlauf:

Es findet keine Beratung statt.

- 2.3 Verwendung vom Stiftungskapital zum Bau des Hauses der Musik
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 479/2023
- 2.3.1 Verwendung vom Stiftungskapital zum Bau des Hauses der Musik
Beantwortung der Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 479/2023 1. Ergänzung

Beratungsverlauf:

Herr **Schmidt-Kalteich** verweist auf einen Bericht der WP, in dem der Landrat gesagt habe, dass man in den vergangenen Jahren auf eine Gewinnausschüttung verzichtet hätte. In diesem Zusammenhang möchte Herr Schmidt-Kalteich wissen, ob das Stiftungskapital am Kapitalmarkt angelegt wird und ob die Gewinne zur Reduzierung des Zuschusses für die Philharmonie verwendet werden.

Herr **Rosenthal** sagt, dass das Stiftungskapital am Kapitalmarkt angelegt wird. Man erziele dabei über 3,5 % an Gewinn. Eine Reduzierung des Kreiszuschusses erfolgt nicht. Hierzu gibt es einen KT-Beschluss aus dem Jahr 2016. Es würde seitdem ein Betrag von 816T€ gezahlt. Dieser würde um 2% jährlich steigen. Die Stiftung habe keine Gelder ausgeschüttet, da es

sich um eine Fehlbetragsfinanzierung des Landes handelt. Überschüsse müssten ansonsten an das Land zurückgezahlt werden.

2.4 Gutachten Photovoltaik Flughafen Siegerland
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 480/2023

2.4.1 Gutachten Photovoltaik Flughafen Siegerland
Beantwortung der Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 480/2023 1. Ergänzung

Beratungsverlauf:

Es findet keine Beratung statt.

3. Tagesordnungspunkte nur für den Ausschuss

3.1 Cyberangriff auf den IT-Dienstleister SIT
Mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

Frau **Burdy** stellt zu Beginn ihrer Ausführungen die positiven Seiten heraus. Dies sind für sie das hohe Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung sowie die Unterstützung durch die benachbarten Kreise. Der Kreis müsse trotz des massiven Cyberangriffes alles tun, um möglichst schnell wieder viele Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger anzubieten.

Zum zeitlichen Ablauf erklärt Frau Burdy, dass der Angriff vom 29.10.2023 auf den 30.10.2023 stattgefunden hat. Hierbei habe es sich um den größten Cyberangriff auf eine Verwaltung in Deutschland gehandelt. Als Konsequenz seien daraufhin alle Systeme abgeschaltet worden. Es sei daher ab diesem Zeitpunkt keine Kommunikation per E-Mail und Telefon möglich gewesen. Auch der Zugriff auf digitale Dokumente war nicht mehr möglich.

3 Tage nach dem Angriff wurde bereits eine Not-Homepage wieder in Betrieb genommen. In den folgenden Tagen konnte die Erreichbarkeit per Telefon und E-Mail wiederhergestellt werden. Hierzu wurden ausgesonderte PC's und Laptops neu eingerichtet. Mit Hilfe von Hotspots konnte das WLAN im Kreishaus wieder teilweise zur Verfügung gestellt werden.

Am 09.11.2023 konnte im Bereich Elterngeld und Schwerbehindertenangelegenheiten ein Notbetrieb aufgenommen werden, der durch Mithilfe des Oberbergischen Kreises möglich war. Im Bereich Zulassungen sei man froh über die Kooperation mit den benachbarten Kreisen Lahn-Dill Kreis, Marburg-Biedenkopf, Oberbergischer Kreis und Westerwaldkreis. Die Stadt Altenkirchen und der Kreis Altenkirchen haben nach dem Angriff Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt, an denen Kfz-Abmeldungen vorgenommen werden konnten. Im Bereich BaföG konnte unter der Mithilfe der Universität Siegen schnell wieder die Arbeit aufgenommen werden. Durch den Cyberangriff sei die Domäne komplett betroffen, auf der sich ca. 160 Fachverfahren befinden. Man sei jetzt dabei den Hergang des Angriffes genau aufzuarbeiten, um zu wissen wie der Angriff möglich war. Hierzu wurden alle Endgeräte und Server gescannt. Beim Kreis Siegen-Wittgenstein wurden nach dem Scanvorgang alle 1200 Endgeräte gelöscht und diese werden jetzt neu aufgesetzt.

Man werde weiter versuchen möglichst schnell wieder viele Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger anzubieten.

Herr **Wein** bedankt sich bei Frau Burdy für die Ausführungen. Er weist aber darauf hin, dass es sich bei der SIT um einen Zweckverband handelt, in welchem der Kreis Siegen-Wittgenstein nur ein Mitglied von 73 sei. Bei dem Angriff seien die Kommunen unterschiedlich betroffen. Dies mache die Situation sehr komplex. Herr Wein bedankt sich auch bei den Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung sowie den Nachbarkreisen für die Unterstützung. Er wirbt für Geduld bei den Bürgerinnen und Bürgern.

Herr **Völkel** bedankt sich bei Frau Burdy und Herrn Wein für die Informationen. Er richtet zudem einen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung und meint, dass die Krisenbewältigung gut gelaufen sei. Er möchte jedoch wissen, wann der Angriff genau erfolgt ist.

Frau **Burdy** erläutert, dass die Hacker einige Tage vor dem 30.10.2023 in das System eingedrungen sind.

Herr **Völkel** möchte zudem wissen, ob es Überlegungen gibt, die SIT anders aufzustellen, beispielsweise eine Verteilung auf mehrere Anbieter.

Frau **Burdy** sagt, dass es einen Grund für die Auslagerung der IT auf den Zweckverband gäbe und grundsätzlich eine Verteilung auf mehrere Anbieter nicht üblich sei.

Herr **Helmkamp** stellt die Frage, ob man so weitermachen könne wie bisher.

Frau **Burdy** stellt nochmals klar, dass man aus dem Angriff lernen werde und entsprechende Schutzmaßnahmen ergreifen werde, um so etwas zukünftig zu verhindern.

Herr **Kunz** bedankt sich für den Vortrag bei Frau Burdy und fragt nach, was die SIT zurzeit macht und wieviel Prozent der Verfahren wieder bereitstehen und wie es zukünftig weitergehen soll.

Frau **Burdy** erklärt, dass die SIT durch eine Fusion entstanden ist. In NRW gäbe es eine Vielzahl von IT-Dienstleistern, dies sei in anderen Bundesländern nicht so. Sie möchte aber keine Aussagen über bzw. für die SIT tätigen. Sie könne aber aus Sicht des Kreises Siegen-Wittgenstein sagen, dass die SIT in dem Fall schnell gehandelt habe. Man habe vom ersten Tag an einen erweiterten Krisenstab seitens der SIT eingerichtet. Darin würden alle wichtigen Vorgehensweisen besprochen. Auch die SIT arbeite über das normale Maß hinaus. Es sei dabei zu berücksichtigen, dass alle 73 Mitglieder des Zweckverbandes unterschiedliche Anforderungen an die SIT stellen.

Herr **Kunz** möchte wissen, wie viele Fachverfahren wieder in Betrieb sind.

Frau **Burdy** sagt, dass es für den Kreis Siegen-Wittgenstein einen Notbetrieb im Finanzbereich gibt. Weitere Aussagen könnten nur von der SIT gemacht werden.

Herr **Wein** ergänzt, dass die SIT nicht so weitermachen wird wie bisher. Der Angriff habe auch strafrechtliche Folgen. Man könne in der Sitzung heute nicht auf alle Details eingehen. Es sei aber ein hochdynamischer Prozess und schwierig eine Priorisierung bei den Fachverfahren vorzunehmen. Man könne daher nicht sagen wie viele Fachverfahren wann wieder zur Verfügung stehen.

Herr **Achatzi** meint, dass die größte Schwachstelle im Bereich IT der Mensch ist. Man müsse die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter daher schulen.

Frau **Burdy** verweist auf die Sitzung des Ausschusses vom 15.06.2023. Darin wurde bereits über die IT-Sicherheit in der Kreisverwaltung informiert. Man werde weitere Sicherheitsmaßnahmen ergreifen, um dies zukünftig zu vermeiden. Man habe dies bereits in der Vergangenheit getan. Als Beispiel nennt Frau Burdy das Sperren von USB-Zugängen oder Internetseiten.

Herr **Hennes** fragt nach, ob die Schwachstelle für den Cyberangriff nicht bei der SIT zu suchen ist.

Frau **Burdy** möchte diesbezüglich keine Angaben über Schuldzuweisungen machen.

Herr **Helmkamp** möchte wissen, ob die I-Pad's der Ausschussmitglieder auch von dem Angriff betroffen sein könnten.

Frau **Burdy** erklärt, dass diese Geräte nicht an das Intra.lan eingebunden sind und somit nicht infiziert wurden.

3.2 Sitzungstermine 2024 des Ausschusses für Finanzen, Bau und Digitalentwicklung
Drucksache 426/2023

Beratungsverlauf:

Es findet keine Beratung statt.

3.3 Haushalt 2024 - Teilpläne für Produkte, die keinem anderen Fachausschuss zugeordnet sind
Drucksache 427/2023

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Finanzen, Bau und Digitalentwicklung empfiehlt dem Kreisausschuss und dem Kreistag, die Teilergebnis- / und Teilfinanzpläne für die Produkte

Amt für IT, Digitalisierung und Organisation - 10 (Anlage 1)

01 09 01 IT, Digitalisierung und Organisation

Personalamt - 11 (Anlage 2)

01 07 01 Personal

Amt für Kommunalaufsicht und Vergabeservice - 15 (Anlage 3)

01 08 02 Kommunale Finanzaufsicht

01 10 01 Kommunalaufsicht, Vergabeservice u.a.

02 04 01 Wahlen

Amt für Immobilien - 16 (Anlage 4)

01 11 01 Gebäude, Liegenschaften und interne Dienste

Amt für Finanzwirtschaft - 20 (Anlage 5)

01 08 01 Finanzen

01 08 03 Beteiligungen des Kreises

01 08 04 Finanzbuchhaltung

01 08 05 Zahlungsabwicklung, Vollstreckung und Liquiditätsplanung

16 01 01 Allgemeine Finanzwirtschaft

Rechtsamt - 30 (Anlage 6)

01 10 02 Recht

Kreispolizeibehörde - Polizeiverwaltung - 31 (Anlage 7)

01 13 01 Kreispolizeibehörde - Recht und Verwaltung

01 13 02 Kreispolizeibehörde - Spezialisierte Gefahrenabwehr

Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung - 32 (Anlage 8)

02 01 01 Allgemeine Ordnungsangelegenheiten

02 01 02 Namens-, Ausländer- und Staatsangehörigkeitsangelegenheiten

02 01 04 Straßenverkehr

02 01 05 Erstaufnahmeeinrichtungen Siegen-Wittgenstein

Amt für Liegenschaftskataster und Geoinformation - 62 (Anlage 9)

09 02 01 Liegenschaftskataster
09 03 01 Geoinformationssystem (GIS)
09 04 01 Wertermittlung von Grundstücken, Objekten und Rechten

Bauamt - 63 (Anlage 10)

09 01 02 Regionalplanung
10 01 01 Bauaufsichtliche Entscheidungen
10 01 02 Obere Bauaufsicht
10 02 01 Wohnungsförderung
10 04 01 Obere Denkmalbehörde

Referat des Landrates - RL (Anlage 11)

01 01 01 Politische Gremien
01 02 01 Verwaltungsführung
01 06 01 Kommunikation

Gleichstellungsbeauftragte - GB (Anlage 12)

01 03 01 Gleichstellung von Frau und Mann

Personalrat - PR (Anlage 13)

01 04 01 Personalrat

entsprechend der Vorlage der Verwaltung als Bestandteile des Haushaltsplanes zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür: 6 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 11 Enthaltungen

Beratungsverlauf:

Herr **Kunz** möchte bezogen auf die Anlage 4 (Leistung 01 11 01 04, Parkraumbewirtschaftung) wissen, ob die Aufwendungen durch die erzielten Mieterträge gedeckt sind, da in der Tabelle eine Kostenunterdeckung ausgewiesen wird.

Herr **Haßler** erläutert, dass es zwei Bereiche für die Parkraumbewirtschaftung gibt. Zum einen den Bereich der Verwaltungsgebäude. Hier decken die Erträge die Aufwendungen. Es besteht noch eine Rücklage aus den vergangenen Jahren, die aber durch die gestiegenen Kosten aufgebraucht wird. Danach müssten die Mieten angepasst werden.

Im zweiten Bereich der Berufskollegs werden Überschüsse erwirtschaftet, die in den Kreishaushalt fließen.

Herr **Kunz** möchte ergänzend wissen, wie hoch der monatliche Mietpreis für einen Stellplatz ist.

Dieser liegt laut Herrn **Haßler** für einen Mitarbeiter bei 20 Euro pro Monat.

Zu Anlage 5 möchte Herr **Kunz** wissen warum die Anzahl der Beteiligungen in den Jahren schwankt. Er fragt nach, wie diese Schwankungen zustande kommen.

Herr **Damm** gibt an, dass Beteiligungen gekündigt wurden und auf der anderen Seite neue gegründet werden.

Herr **Kunz** fragt zudem nach, woraus sich die Abweichungen im Produkt 01 08 05, Zahlungsabwicklung, Vollstreckung und Liquiditätsplanung ergeben.

Herr **Damm** erklärt, dass die Beantwortung der Frage nachgereicht wird und dem Protokoll beigefügt werden soll.

Durch Amt 20 wurde folgende Begründung abgegeben:

Die Abweichung im Produkt 01 08 05 Zahlungsabwicklung, Vollstreckung und Liquiditätsplanung beruht auf einer Buchung im Rahmen des Jahresabschlusses. Bei den durchlaufenden Geldern können sich zum Stichtag 31.12. des HH-Jahres Einzahlungen auf den Finanzkonten befinden, die keinem Kostenträger zugeordnet sind. Damit aber die Teilfinanzrechnungen in Summe mit der Gesamtf finanzrechnung übereinstimmen, müssen diese Gelder einem Kostenträger zugeordnet werden. Bei der entsprechenden Umbuchung wird dann ein Kostenträger aus dem Produkt 01 08 05 verwendet.

Herr **Kunz** hat weiter eine Frage zur Anlage 8 und den darin enthaltenen Bereich Bußgelder. Er stellt sich die Frage, ob beim Kreis Bußgelder bzw. Verwaltungsgebühren überhaupt erhoben werden können, da dies möglicherweise durch den Cyberangriff nicht möglich ist. Herr **Rosenthal** sagt, dass der Kreis Siegen-Wittgenstein zurzeit Bußgelder erhebt. Man gehe davon aus, dass kurzfristig der Betrieb im Bereich Bußgelder wieder aufgenommen werde. Es handele sich dabei um einen priorisierten Bereich zusammen mit der Zulassungsstelle. Bezüglich der Verwaltungsgebühren erklärt Herr Rosenthal, dass die Dienstleistungen zwar in anderen Kommunen erfolgten, dies aber durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung erledigt würde. Somit werde es später Vereinbarungen geben, dass die Gebühren an den Kreis fließen.

Herr **Kunz** hat zudem bei Anlage 11 eine Anmerkung. In dem Produkt soll eine neue Stelle geschaffen werden, die Aufwendungen in diesem Bereich steigen aber nur geringfügig. Er möchte wissen wie dies zu erklären ist. Herr **Wein** erläutert, dass es in diesem Bereich Veränderungen in verschiedenen Produkten gegeben hat und man dies im Zusammenhang betrachten müsse. Er werde eine genaue Darstellung nachreichen. Diese soll dem Protokoll beigefügt werden.

Durch Amt 11 wurde auf entsprechende Anfrage folgendes mitgeteilt:

Die Frage von Herrn Kunz bezieht sich, wie die nachstehende Frage von Herrn Helmke auch, auf das Produkt 01.01.01 Politische Gremien. Hier wurde im Teilergebnisplan in der Aufstellung „Stellenplanauszug“ durch einen Eingabefehler versehentlich bei den tariflich Beschäftigten eine Stelle falsch zugeordnet, sodass hier ein Stellenzuwachs um eine Stelle ausgewiesen wird. Aus diesem Grund wird auch bei den Personalaufwendungen für dieses Produkt keine entsprechende Steigerung ausgewiesen.

Bezogen auf die Gesamtstellenanzahl laut Stellenplanentwurf hat dies keine Auswirkungen.

Herr **Helmke** merkt in diesem Zusammenhang an, dass im Stellenplan in diesem Produkt nur eine Stelle ausgewiesen ist.

Herr **Helmke** hat eine weitere Frage zu Anlage 2. Im Bereich Dienstadleasing kommt es zu höheren Aufwendungen. Nach seiner Auffassung müsste es dann bei einer anderen Position auch zu erhöhten Erträgen kommen.

Herr **H. Schneider** nennt die Position im HH-Plan, an der die zusätzlichen Erträge ausgewiesen sind.

Bezüglich Anlage 3 der Vorlage möchte Herr **Helmke** wissen, wie es zu der Steigerung von 13 T€ bei den Personalaufwendungen kommt.

Herr **Wein** begründet dies mit den Veränderungen bei mehreren Stellen und nicht wie angegeben bei einer Stelle.

Bei Anlage 6 stellt sich für **Helmke** eine ähnliche Frage. Hier kommt es zu einer Steigerung der Aufwendungen um 30 T€ bei zwei Stellen.

Herr Helmkampf möchte bezüglich Anlage 10 wissen, ob bei der Genehmigung von Windenergieanlagen keine Gebühren erhoben werden.

Herr **Wied** sagt, dass es sich bei Windenergieanlagen (WEA) um immissionsschutzrechtliche Genehmigungen handelt. Bei den WEA könne nur eine Gebühr nach Baurecht oder nach Immissionsschutzrecht erhoben werden. Dies würde im Einzelfall geprüft. In den meisten Fällen würde die Gebühr aber nach Immissionsschutzrecht erhoben.

4. Tagesordnungspunkte für Kreisausschuss und/oder Kreistag

4.1 Stellenplan für das Haushaltsjahr 2024 **Drucksache 431/2023**

4.1.1 Stellenplan für das Haushaltsjahr 2024 **Drucksache 431/2023 1. Ergänzung**

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Finanzen, Bau und Digitalentwicklung empfiehlt,
der Kreisausschuss schlägt vor,
der Kreistag beschließt,
den Stellenplan 2024 in der vorgelegten Form.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dagegen: 5 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 8 Enthaltungen

Herr **Ferger** merkt an, dass dem Stellenplan keine Übersicht der befristeten und projektbezogenen Stellen beigefügt wurde. Er möchte wissen, ob es eine entsprechende Übersicht gibt.

Herr **H. Schneider** gibt an, dass der Stellenplan nur die Stellen enthält, die nach den gesetzlichen Vorgaben darin enthalten sein müssen. Eine Übersicht mit den projektbezogenen und befristeten Stellen liegt nicht vor.

Herr **Wein** ergänzt hierzu, dass es in der momentanen Situation nicht einfach ist solche Übersichten zu erstellen. Er bittet daher um etwas Geduld. Man werde die entsprechenden Übersichten aber nachreichen. Man werde zur nächsten Ausschusssitzung eine entsprechende Übersicht nachreichen.

Herr **Völkel** erklärt, dass die SPD-Fraktion dem Stellenplan zustimmen wird. Man könne Bedarf an zusätzlichen Stellen nachvollziehen. In diesem Zusammenhang bedankt er sich für die sachliche Stellungnahme des Personalrates.

Herr **Helmkampf** fragt, ob sich der Begriff Stellenumwandlungen auf organisatorische oder entgeltliche Veränderungen bezieht.

Herr **H. Schneider** nennt hier als Beispiel eine Stelle, die von einem Beamten besetzt ist, nach Ausschreibung aber dann von einem Beschäftigten wahrgenommen wird. Die Stelle wird dann von einer Beamtenstelle zu einer Beschäftigtenstelle umgewandelt. Bei den internen Stellenausschreibungen könne sich jeder auf eine ausgeschriebene Stelle bewerben. Eine Einschränkung auf Beamte oder Beschäftigte sei nicht möglich.

Herr **Helmkampf** verweist auf eine Umwandlung von einer Stelle, die mit S 12 bewertet war und nun nach EG 9 A bewertet ist. Er möchte wissen, ob es dabei zu einer Herabsetzung gekommen ist.

Herr **H. Schneider** erklärt, dass es sich bei diesen Bewertungen um unterschiedliche Tarifbereiche handelt, die nicht miteinander vergleichbar sind.

Herr **Helmkamp** möchte bezüglich Anlage VI D wissen, warum bei den politischen Gremien nur eine Stelle ausgewiesen wird.

Herr **H. Schneider** wird die Beantwortung der Frage nachreichen.

Die Frage wurde durch Amt 11 bereits unter dem TOP 3.3 beantwortet.

Herr **Helmkamp** verweist nochmal auf die bereits zuvor angesprochene Liste der befristeten Stellen und die Vorlage 77/2023. Er möchte wissen, was aus den in der Vorlage aufgeführten Stellen geworden ist.

Herr **Wein** sichert die Erstellung einer gleichen Liste zu, aus der die entsprechenden Informationen hervorgehen.

4.2 Haushalt 2024;

a) Behandlung der Stellungnahme der kreisangehörigen Städte und Gemeinden im Rahmen des Benehmensverfahrens nach § 55 KrO NRW

b) Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024

Drucksache 428/2023

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Finanzen, Bau und Digitalentwicklung schlägt vor,

der Kreisausschuss empfiehlt,

der Kreistag beschließt,

a) über die in der gemeinsamen Stellungnahme der kreisangehörigen Städte und Gemeinden im Rahmen des Benehmensverfahrens gemäß § 55 KrO NRW zum Kreishaushalt 2024 vom 06. Oktober 2023 zum Ausdruck gebrachten Einwendungen entsprechend der in der Sachdarstellung dieser Vorlage enthaltenen Bewertung.

b) die Haushaltssatzung mit entsprechendem Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2024, bestehend aus

dem Ergebnisplan

dem Finanzplan sowie

den Teilplänen

nebst Anlagen in der vorgelegten Form mit den sich aus dieser Vorlage ergebenden Veränderungen zuzüglich der Veränderungen, die sich aus den Haushaltsbeschlüssen mit finanziellen Auswirkungen im Rahmen der Sitzung des Kreistags vom 15.12.2023 ergeben, die noch nicht in der Veränderungsliste dieser Vorlage berücksichtigt sind.

Abstimmungsergebnis:

Über die TOP 4.2. a und b wurde gesondert abgestimmt.

4.2 a: Mehrheitlich dafür: 5 Ja-Stimmen ,3 Nein-Stimmen,8 Enthaltungen

4.2.b: Mehrheitlich dagegen:1 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen,13 Enthaltungen

Beratungsverlauf:

Herr **Kunz** hat eine Anmerkung zu den Ausführungen auf Seite 5 der Stellungnahme. Er möchte wissen, warum die Erträge und die geringeren Aufwendungen mit einem Pluszeichen versehen sind. Nach seiner Meinung müssten bei den Aufwendungen Minuszeichen vornagegestellt werden.

Herr **Damm** sagt, dass es sich bei Plus- und Minuszeichen um Verbesserungen u. Verschlechterungen handelt. Geringere Aufwendungen würden daher mit einem Pluszeichen versehen, da es sich um eine Verbesserung handele.

Herr **Helmkamp** hat eine Frage zu Seite 4 Punkt 6. Nach seiner Auffassung fehlt hier eine Wertung.

Herr **Damm** erklärt, dass eine Wertung nicht möglich war, da keine konkrete Angelegenheit angesprochen wurde.

Herr **Georgi** ist der Meinung, dass man bei TOP 4.2 b, Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024, nicht mehr über den aktuellen Stand spreche. Dies habe man aus der Presse erfahren können. Hier sei die Veranschlagung eines globalen Minderaufwandes und die Auflösung des Sockelbetrages in der Ausgleichsrücklage von 5 Mio. € genannt worden. Beide Punkte seien bisher aber immer abgelehnt worden. Herr Georgi findet es nicht richtig, dass er dies aus der Presse erfahren hat. Hier hätte eine Mitteilung an die Fraktionen zeitgleich erfolgen müssen.

Herr **Helmkamp** stimmt Herrn Georgi zu und hatte erwartet, dass in der Ausschusssitzung eine geänderte Vorlage vorgelegen hätte. Er fühle sich in seiner Arbeit als Mitglied des Gremiums für dumm verkauft. Der Landrat hätte am 20.10.2024 die Haushaltssatzung unterschrieben und kurz darauf die Änderungen bekanntgegeben. Dies könne er so nicht akzeptieren. Er fragt sich, warum die Änderungen nicht sofort in den Haushaltsentwurf eingearbeitet worden sind. Er könne dem Haushalt daher nicht zustimmen. Zudem seien im Sozialausschuss gestellte Fragen nicht hinreichend beantwortet worden.

Herr **Landrat Müller** erläutert, dass der Entwurf den gesetzlichen Anforderungen entspricht. Wenn Veränderungen stattfinden sollen, müsse der Kreistag dies beschließen. Hierzu würde jährlich eine Veränderungsliste vorgelegt. Darüber hinaus würde in jedem Jahr die Stellungnahme der Bürgermeisterkonferenz besprochen und eine Stellungnahme verfasst.

Zwei Forderungen der Bürgermeisterkonferenz sollen über den Entwurf und die Veränderungsliste hinaus heute und im Kreistag beraten werden. Dies sei zum einen die Auflösung des Sockelbetrages und die Veranschlagung des globalen Minderaufwandes von zurzeit 1 % der ordentlichen Aufwendungen. Dieses Einsparpotenzial sei aufgrund der Ergebnisse der vergangenen Jahre auch umsetzbar.

Herr **Helmkamp** ist der Auffassung, dass es sich dabei nur um einen optischen Eindruck handele, der sich nur im HH-Jahr 2024 auswirke. Strukturelle Veränderungen seien aus seiner Sicht nicht erkennbar. Die Auflösung des U3-Fonds sei ein Einmaleffekt, der mit sparen nichts zu tun hätte. Herr Helmkamp ist sich zudem nicht sicher, ob die Auflösung des U3-Fonds zum jetzigen Zeitpunkt richtig ist, da Kita-Plätze fehlen und die Finanzierung in den folgenden Jahren schwieriger werden könnte. Er vermisst seit dem Jahr 2014 einen vernünftigen Umgang mit den Zahlen. Es könne aus seiner Sicht so nicht weitergehen.

Herr **Landrat Müller** sagt, dass der Kreis der Vorlage einer vollständigen Liste der freiwilligen Leistungen auf Wunsch des Kreistages nachgekommen sei. Seit März würde durch die Fraktionen hierüber beraten. Ergebnisse seien aber bisher nicht vorgelegt worden.

In der Veränderungsliste seien auch KT-Beschlüsse aufgenommen worden, die nicht weitergeführt werden sollten. Hierzu seien aber KT-Beschlüsse erforderlich, die die gefassten Beschlüsse aufheben. Der Kreis sei bis an die Grenzen des Möglichen gegangen. Alles darüber hinaus müsse der Kreistag beschließen. Der Kreistag müsse seine Budgethoheit wahrnehmen. Der Kreis habe ausreichend Vorschläge gemacht.

Herr **Helmkamp** ist es als Mitglied anderer Gremien gewohnt, dass die Einsparvorschläge von der Verwaltung gemacht werden. Als Beispiel nennt er hier den LWL oder den Kreis Coesfeld.

Er wünscht sich für die Zukunft, dass die Verwaltung entsprechende Vorschläge macht.

Herr **Landrat Müller** weist entschieden zurück, dass die Verwaltung keine Vorschläge gemacht habe. Den LWL als Beispiel für den Sparwillen aufzuführen hält Herr Landrat Müller für falsch. Die Landschaftsumlage würde von 2023 auf 2024 um 10 Mio. Euro steigen. Der Kreis müssen dann über 100 Mio. an den LWL zahlen.

Herr **Völkel** hält den Wortbeitrag von Herrn Helmkamp für unangemessen. Der Landrat habe eine Liste von Einsparvorschlägen gemacht. Darüber müsste die Politik entscheiden. Die Auflösung des Sockelbetrages aus der Ausgleichsrücklage und die Veranschlagung eines globalen Minderaufwandes seien Vorschläge, die umgesetzt werden könnten. Man müsse in der Kreistagssitzung den Haushalt 2024 beschließen.

Herr **Landrat Müller** bittet darum Vorschläge zu Änderungen des Stellenplanes und des Haushaltes zu machen, damit der Kreistag eine Entscheidung treffen kann.

Es wäre für den Kreis ansonsten eine große Herausforderung ohne beschlossenen Haushalt in das Jahr 2024 zu gehen. Zudem sei es für den Bereich Breitbandausbau wichtig, die Ausschreibungen frühzeitig veranlassen zu können. Hier gehe es um einen Betrag von ca. 40 Mio. Euro.

Herr **Helmkamp** ergänzt an Herrn Völkel gerichtet, dass er den globalen Minderaufwand für richtig hält. Wenn es aber eine Gesetzesänderung im kommenden Jahr geben würde, die einen globalen Minderaufwand von 2 % ermögliche, dann sollte man dies abwarten.

Herrn **Stettner** merkt an Herrn Helmkamp gerichtet an, dass die CDU keine konkreten Lösungsvorschläge macht. Die Haltung der CDU-Fraktion führe dabei zu keinem Ergebnis, die einen Haushaltsbeschluss möglich mache.

Herr **Völkel** findet es gut, dass man mit der CDU bezüglich des globalen Minderaufwandes einer Meinung sei. Man sei aber nicht der Meinung, dass der Haushalt erst im kommenden Jahr beschlossen werden soll.

Herr **Achatzi** ist der Auffassung, dass man mit Schuldzuweisungen nicht weiterkommt. Man habe noch bis zur Kreistagssitzung Zeit die Angelegenheit zu regeln.

Herr **Groß** merkt an, dass die Lage bei den Unternehmen in der Wirtschaft schlecht sei und ein Stellenzuwachs bei der Kreisverwaltung daher nicht angemessen sei. Man müsse Stellen abbauen und sparen.

Herr **Damm** ergänzt, dass das 3. NKF-Weiterentwicklungsgesetz Nordrhein-Westfalen im kommenden Jahr verabschiedet werden soll. Die rückwirkende Wirkung des Gesetzes müsse aber sicherlich noch rechtlich überprüft werden. Gesetze mit Rückwirkung seien rechtlich problematisch. Den globalen Minderaufwand in Höhe von 2 % könne man daher noch nicht berücksichtigen.

4.3 Neuregelung der Umsatzbesteuerung nach § 2 b Umsatzsteuergesetz (UStG); Verlängerung des Optionszeitraums **Drucksache 429/2023**

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Finanzen, Bau und Digitalentwicklung schlägt vor,
der Kreisausschuss empfiehlt,
der Kreistag beschließt,

dass der Kreis Siegen-Wittgenstein für sämtliche Leistungen, die vor dem 01. Januar 2025 ausgeführt werden, weiterhin den § 2 Absatz 3 des Umsatzsteuergesetzes in der am 31. Dezember 2015 geltenden Fassung anwendet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig dafür

Beratungsverlauf:

Es findet keine Beratung statt.

5. Anträge gem. § 2 Abs. 1 der Geschäftsordnung

Beratungsverlauf:

Es liegen keine Anträge vor.

6. Verschiedenes

Beratungsverlauf:

Es findet keine Beratung statt.

Herr Bernd-Dieter Ferger schließt um 18:55 Uhr die öffentliche Sitzung.

Ausschussvorsitzender

Schriftführer

Bernd-Dieter Ferger

Benedikt Schneider